

TATJANA TÖNSMEYER

„DAS VERSPÄTETE ERWACHEN“ – DIE SLOWAKEIDEUTSCHEN 1939–1945

In den aktuellen Debatten um den angemessenen Umgang mit der Erinnerung an Vertreibung und Umsiedlung im Kontext des Zweiten Weltkrieges sind Stimmen, die Bevölkerungstransfers aus der Slowakei thematisieren, eine Seltenheit. Dies gilt sowohl für die Vertreibungen selbst als auch für die Diskussion um die Beneš-Dekrete, die in Teilen der bundesdeutschen und tschechischen Öffentlichkeit die Gemüter erregen. Die Dekrete sind zwar in der Slowakei ebenfalls noch in Kraft¹, doch waren hier vor allem Angehörige der magyarischen Minderheit davon betroffen und weniger die zahlenmäßig kleine Gruppe der Deutschen.

Die sogenannten Karpatendeutschen lebten vor allem in drei Siedlungsgebieten: In der heutigen slowakischen Hauptstadt Bratislava (Preßburg), im sogenannten Hauerland in der Mittelslowakei, das seit dem Mittelalter vom Bergbau geprägt war, und in der nordöstlichen Zips. 1921 zählten zur deutschen Minderheit in der Slowakei 122.000 Menschen, noch 40 Jahre früher, 1880, waren es doppelt so viele gewesen. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich im wesentlichen ein Assimilationsprozess, der mit der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung Ungarns im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einherging. Im Ergebnis entschlossen sich viele Slowakeideutsche nach dem Ende des Ersten Weltkrieges für die Migration nach Ungarn.²

¹ KARL-PETER SCHWARZ, „Bis heute wurden sie nicht aufgehoben, also sind sie gültig“. Die Beneš-Dekrete und die Slowakei, in: FAZ 18.4.2002, S. 3.

² GÜNTER SCHÖDL, „Karpatendeutsche“ Reintegration zwischen Pressburg und Käsmark, in: Das Land an der Donau, hg. v. DEMS., Berlin 1995 (= Deutsche Geschichte im Osten Europas), S. 627–641, S. 628. Dušan Kováč spricht dagegen von 130.000 Deutschen in der Slowakei im Jahre 1940. DUŠAN KOVÁČ, Die „Aussiedlung“ der Deutschen aus der Slowakei, in: Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien, hg. v. DETLEV BRANDES, EDITA IVANIČKOVÁ u. JIŘÍ PEŠEK, Essen 1999 (= Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, 8 = Ver-

Doch auch jene, die blieben, lehnten die Gründung der Tschechoslowakei mehrheitlich ab. Am 4. November 1918, wenige Tage nach der Gründung der Ersten Republik, forderte eine Versammlung der Zipser Deutschen:

„Wir in Käsmark versammelten Vertreter der deutschen Gemeinden der Zips erklären frei und einstimmig: Vor 800 Jahren haben uns die Könige Ungarns in dieses Land hineingerufen und uns hier angesiedelt. [...] Unsere Väter haben in 800 Jahren fest und treu zu den Ungarn gehalten. [...] Sie haben an ihrer Seite gekämpft wider Tataren und Tschechen, wider Türken und Polen [...] Darum weisen wir [...] alle tschechoslowakischen Ansprüche auf unser Land, als wider göttliches und menschliches Recht laufend historisch und kulturell unbegründet entschlossen zurück und erklären, daß wir unserem ungarischen Vaterlande treu bleiben und auch in Zukunft zu Ungarn gehören wollen.“³

Getreu ihrem Selbstverständnis als Deutschungarn bildeten die Slowakeideutschen zunächst keine einheitliche politische Vertretung, sondern gingen im tschechoslowakischen Parlament Listenverbindungen mit den Parteien der magyarischen Minderheit ein. Die Kontakte zu den Sudetendeutschen waren dementsprechend anfangs eher locker.

Dies änderte sich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, als absehbar wurde, dass der ungarische Revisionismus keine schnellen Erfolge erzielen würde, und der Assimilationsgedanke daher seinen Sinn verlor. Außerdem war es nicht zuletzt das tschechoslowakische Minderheitenschulwesen, das in den Reihen der Minderheit ein wachsendes Eigenbewusstsein förderte. Im Zuge dieser Entwicklung kam es nicht nur zu einer Annäherung an die Sudetendeutschen, sondern im Jahre 1928 auch zur Gründung der KdP, der Karpatendeutschen Partei, zu deren vorrangigen Zielen die Integration der Slowakeideutschen aus den drei Siedlungsgebieten durch die Schaffung eines gemeinsamen Bewusstseins gehörte. Die KdP unter der Leitung von Franz Karmasin, einem aus den Sudetengebieten stammenden, völkisch-nationalistischen Berufsfunktionär, ging 1929 erstmals eine Listenverbindung mit der Sudetendeutschen Partei (SdP) ein. In den folgenden Jahren entwickelte sie sich zur Juniorpartnerin der SdP, 1937 wurde Karmasin Konrad Henleins Stellvertreter in der Slowakei. Die Annäherung an die SdP war getragen von einem Generationswechsel in den Reihen der Minderheitsfunktionäre und bedeutete gleichzeitig auch eine Annäherung an reichsdeutsche Stellen.⁴

öffentlichtungen des Instituts für Kulturgeschichte der Deutschen im Östlichen Europa, 15), S. 235-240, hier S. 236.

³ Zitiert nach SCHÖDL (wie Anm. 2), S. 631.

⁴ Ebd., S. 635 f. Siehe auch DUŠAN KOVÁČ, Das nationale Selbstverständnis der deutschen Minderheit in der Slowakei, in: Österreichische Osthefte 33 (1991), S. 269-284.

Zwar gab es in den dreißiger Jahren gerade unter der deutschen Bevölkerung im Hauerland eine verhältnismäßig starke kommunistische Orientierung, doch insgesamt wurde die KdP zur dominierenden politischen Kraft unter den Slowakeideutschen. Deren Führung forderte immer offener die „Zerschlagung der Tschechoslowakei“ und eine Angliederung an Deutschland unter der Parole „Heim ins Reich“. Ein erster Schritt dazu sollte die von Franz Karmasin im Zusammenhang mit dem Münchener Abkommen angemahnte Eingliederung der slowakischen Hauptstadt in die „Ostmark“ sein. Die Zentralregierung in Prag beantwortete dieses Verhalten im September 1938 mit einem Verbot der KdP, die jedoch bereits im folgenden Monat unter dem Namen „Deutsche Partei“ (DP) neu entstand.⁵

Die Angliederung von Teilen der Slowakei passte jedoch nicht ins geostrategische Konzept Berlins. Die Angehörigen der Minderheit mussten sich daher fügen, als am 14. März 1939 die Selbständigkeit der Slowakei verkündet wurde. Ein enttäuschter Karmasin forderte dafür kaum 14 Tage später in den *Deutschen Stimmen*: „[Die] vollkommenste Freiheit der Deutschen [ist] die erste Voraussetzung zur Zusammenarbeit“. Als Aufgabe der Volksgruppe propagierte er es, „den Willen des Führers zu vollstrecken, um Mitteleuropa auf neue Grundlagen zu stellen [und] das Zusammenleben der Völker und Volksgruppen nach nationalsozialistischen Grundsätzen zu organisieren.“⁶ Karmasin sah sich also als Hitlers Aufpasser im sogenannten Schutzstaat. Dem Charakter der deutsch-slowakischen Beziehungen entsprechend sollte das Verhältnis zwischen Volksgruppe und Slowaken beispielgebend für den Donauraum sein. Mit Berlin, wo man zu diesem Zeitpunkt noch glaubte, mit dem kleinen Land nach Belieben verfahren zu können⁷, gab es keinen Dissens.

Ganz anders stellten sich die Dinge aus slowakischer Perspektive dar. Der greise Parteichef Andrej Hlinka (1864–1938) warnte bis zu seinem Tode vor engen Kontakten zur Minderheit, hielt er sie doch für ein „Trojanisches Pferd“.⁸ Auch kann man sich unschwer vorstellen, dass die Forde-

⁵ SCHÖDL (wie Anm. 2), S. 638.

⁶ Zitiert nach JÖRG K. HOENSCH, Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/1939, Köln usw. 1965 (= Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 4), S. 342.

⁷ So hielt etwa der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Ernst v. Weizsäcker, am 27. März 1939 fest: „Der Verlauf der Einverleibung der Tschechei [sic!] in das Reich war ein normaler, die Wirkung international die erwartete. Ungeklärt bleibt noch das Schicksal der Slowakei, die unseren Schutz erbat und erhielt. Sie bleibt trotzdem Objekt unserer weiteren Mitteleuropapolitik und dient uns gleichzeitig als Glacis gegen Polen wie als neue Abschlagszahlung an Ungarn.“ Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, hg. v. LEONIDAS HILL, Frankfurt/M. 1974, S. 152 f.

⁸ HOENSCH, Ostpolitik (wie Anm. 6), S. 35.

rung nach Angliederung der slowakischen Hauptstadt an das Deutsche Reich nicht auf slowakische Gegenliebe stieß. Dessen ungeachtet gab es jedoch in den späten dreißiger Jahren eine gewisse Annäherung zwischen den Karmasin-Leuten und Teilen der zunehmend auf (Landes-)Autonomie pochenden Hlinkapartei.⁹ Daraus ergaben sich taktische Bündnisse, waren doch beide Gruppen zur Verwirklichung ihrer Ziele auf die Schwächung der Tschechoslowakei angewiesen. Zu den Absprachen gehörte das Recht auf freies Bekenntnis zum Nationalsozialismus und eine eigene Selbstverwaltung für die Minderheit, wofür im Gegenzug Karmasin den slowakischen Autonomisten Kontakte zu deutschen Stellen vermittelte. An diesem Kontakt war Bratislava gelegen, weil man hoffte, so die ungarischen Territorialforderungen abwehren zu können.¹⁰

In der Tat kamen auf Betreiben von Karmasin eine Reihe von Treffen zustande: So reisten etwa Ferdinand Ďurčanský, Vojtech Tuka und Alexander Mach, die auf Loslösung der Slowakei vom tschechischen Landesteil drängten, zu Gesprächen mit Arthur Seyss-Inquart und Hermann Göring nach Deutschland. Im Februar 1939 wurde Tuka in Anwesenheit Karmasins von Adolf Hitler und Joachim v. Ribbentrop empfangen. Nachdem die Prager Zentralregierung die slowakische Landesregierung am 10. März 1939 abgesetzt hatte, bewahrte der DP-Chef Ďurčanský vor der Verhaftung, indem er ihm einen Konsulatswagen zur Flucht in die „Ostmark“ zur Verfügung stellte. In den folgenden Tagen war es wiederum Karmasin, der die Verhandlungen deutscher Abgesandter mit dem abgesetzten slowakischen Ministerpräsidenten Karol Sidor über die Ausrufung der slowakischen Unabhängigkeit dolmetschte.¹¹

⁹ Die Slowakische Volkspartei war nach dem Tod des Parteichefs Hlinka in Hlinkas Slowakische Volkspartei, Hlinková Slovenská Ľudová Strana, kurz HSLS, umbenannt worden. Zur Geschichte der Hlinkapartei siehe JAMES RAMON FELAK, „At the Price of the Republic“. Hlinka's Slovak People's Party, 1929–1938, Pittsburgh, London 1994 (= Pitt Series in Russian and East European Studies, 20); YESHAYAHU A. JELINEK, The Parish Republic. Hlinka's Slovak People's Party 1939–1945, New York, London 1976 (= East European Monographs, 14) und TATJANA TÖNSMEYER, Das Dritte Reich und die Slowakei. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn, Paderborn 2003, S. 94–99.

¹⁰ Im Ersten Wiener Schiedsspruch am 2. November 1938 hatte die Slowakei 10.423 km² Territorium an Ungarn abtreten müssen. Siehe grundsätzlich dazu: JÖRG K. HOENSCH, Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei, Tübingen 1967 (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, 23).

¹¹ Zu den diversen deutsch-slowakischen Besprechungen unter Vermittlung von Karmasin siehe HOENSCH, Ostpolitik (wie Anm. 6), S. 59, 137, 173 ff., 226, 270 u. 280 ff. Sidor weigerte sich jedoch nachdrücklich, auf die deutschen Wünsche einzugehen, was schließlich zur Einbestellung von Jozef Tiso am 13. März 1939 nach Berlin führte und am folgenden Tag zur slowakischen Selbständigkeitserklärung.

Nach dem 14. März 1939 wähnte sich die HSLS-Führung am Ziel ihrer politischen Wünsche: Für sie bedeutete der eigene Staat die Sicherung des Überlebens der slowakischen Nation. Der Minderheit hatte man zwar weitgehende Möglichkeiten zur Regelung der eigenen Angelegenheiten zugestanden, so etwa den Aufbau der DP nach dem Vorbild der NSDAP und die Einrichtung von sogenannten Freiwilligen Schutzstaffeln.¹² Von einem Ausbau des Staatssekretariates zu einem Staat im Staate mit Steuerungskompetenzen jenseits der volksdeutschen Belange konnte jedoch keine Rede sein. „Kommunikation“ fand sehr bald zwischen der slowakischen Regierung und der Minderheitenführung nur noch statt, wenn die Volksgruppenführung ihre eigenen Interessen berührte sah und diese empört einklagte. Das probate Mittel für die slowakische Seite, darauf zu reagieren, war: Totschweigen.¹³

Für die Volksgruppenführung stellte sich somit die Situation in der zweiten Hälfte des Jahres 1939 eher enttäuschend dar: Ihre Möglichkeiten der Einflussnahme auf den Slowakischen Staat waren begrenzt, was nicht nur an der slowakischen Regierung lag, sondern auch an der Haltung Berlins. Dort hatte man Anweisung gegeben, im Interesse der Reichsausßenpolitik die formelle Souveränität des Slowakischen Staates zu achten. An der „Aufpasserrolle“ hielt Karmasin gleichwohl fest: Die Gliederungen der DP entwickelten sich zu „Filialen“ des Sicherheitsdienstes, der die Slowakei nicht als Ausland betrachtete und sie mit der tatkräftigen Hilfe des volksdeutschen Nachrichtendienstes in seine „lebensgebietsmäßige Erfassung“ einbezog.¹⁴

Im Verlauf des Jahres 1939 mußte man jedoch auch in Berlin feststellen, dass die Slowakei unter dem agilen Innen- und Außenminister Ďurčanský

¹² Zur Freiwilligen Schutzstaffel (FS) gehörte als Eliteeinheit die Einsatztruppe (ET). Zur DP und ihren Gliederungen siehe HERMANN GRAML, Das organisatorische Verhältnis der Deutschen Partei in der Slowakei zur NSDAP, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 206 ff. sowie JOHANN KAISER, Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Slowakei 1939–1945. Ein Beitrag zur Erforschung der nationalsozialistischen Satellitenpolitik in Südosteuropa, Bochum 1969, S. 165–171.

¹³ Dies war ihr möglich, weil die Gesandtschaft sich aus den Belangen der Minderheit heraushielt, solange diese nicht in die Reichsausßenpolitik oder die Politik des Slowakischen Staates eingriff. TÖNSMEYER (wie Anm. 9), S. 312–319.

¹⁴ Siehe dazu die Schriftwechsel zwischen der Gesandtschaft und dem Auswärtigen Amt vom 5. September, 18. und 21. November 1940 sowie zwischen RSHA und dem Polizeibeamter Hahn vom 17. September 1940. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), R 101139, E-233007, D-498518 ff. und E-233009. Bundesarchiv Berlin (BArch Berlin), R 70 Sl./301, 82 f. Zum volksdeutschen Nachrichtendienst BArch Berlin, R 70 Sl./ 301, 8-14 und 18-22.

einen durchaus selbständigen Kurs steuerte.¹⁵ Karmasin suchte daher im Dezember 1939 das Gespräch mit Ribbentrop und erstattete ihm Bericht über „antideutsche Strömungen“ in der Slowakei. Schon bald war man sich einig, dass die Einflussnahme im „Schutzstaat“ stringenter gestaltet werden sollte. Da das Auswärtige Amt jedoch an der Selbständigkeit des Landes zumindest pro forma weiterhin festhielt, sollten „Berater“ nach Bratislava entsandt werden. Wer letztlich diese Idee hatte, ist unklar, aber es gibt gewisse Indizien, dass die Initiative dazu von Karmasin ausging.¹⁶

Realisiert wurden diese Pläne nach dem sogenannten Salzburger Diktat im Sommer 1940. Die Reichsregierung setzte eine Umbildung des slowakischen Kabinetts in ihrem Sinne durch und tauschte den bisherigen Gesandten Hans Bernard durch den SA-Obergruppenführer Manfred v. Killinger aus, der von einem umfangreichen Beraterstab begleitet wurde.¹⁷ Diesem war als „Dienstanweisung“ mit auf den Weg gegeben worden, die „Steuerung aller Vorgänge des slowakischen staatlichen, politischen und völkischen Lebens im Reichsinteresse“¹⁸ sicherzustellen.

Die Volksgruppenführung witterte Morgenluft: Angesichts ihrer Erfahrung im Umgang mit der slowakischen Regierung wollte sie die Berater beraten. Doch schon nach wenigen Monaten wurde offenbar, dass sich ihre Vorstellungen abermals nicht realisieren ließen. Als zu Beginn des Jahres 1941 Hanns Ludin deutscher Gesandter in Preßburg wurde, hatte er sich zuvor von Hitler ausdrücklich bestätigen lassen, dass „die staatliche Souve-

¹⁵ Um nur einige Beispiele zu nennen: Ďurčanský hatte zu Beginn der Kampfhandlungen mit Polen Francos Bemühungen zur geographischen Begrenzung des Krieges unterstützt. KAISER (wie Anm. 12), S. 118. Die auf Wunsch von Tuka in die Slowakei entsandte Polizeimission lehnte er nachdrücklich ab und erschwerte ihr ihre Tätigkeit in einem Ausmaß, dass Himmler sich zur Abberufung entschloss. TÖNSMEYER (wie Anm. 9), S. 119 f. Als 1939/1940 der Wehrwirtschaftsvertrag verhandelt wurde, versuchte er, allerdings erfolglos, den einheimischen Bedürfnissen gegenüber jenen der Wehrmacht Priorität einzuräumen. Er verzögerte außerdem die Unterzeichnung des Vertrages über ein deutsches Monopol auf Ausbeutung der slowakischen Erdölvorkommen und verfügte im Frühjahr 1940 einen Anwerbestopp für slowakische Arbeiter im Reich, obwohl die vertraglich vereinbarten Kontingente noch nicht ausgeschöpft waren und in der Slowakei Arbeitslosigkeit herrschte. KAISER (wie Anm. 12), S. 208, 216 u. 219.

¹⁶ In seiner Aufzeichnung des Gesprächs vom 1. Dezember 1939 notierte der Unterstaatssekretär Ernst Woermann, dass Ribbentrop Karmasin „auf dessen Wunsch“ hingefangen habe. PA AA, R 29737, 248320.

¹⁷ Im sogenannten Salzburger Diktat wurde Ferdinand Ďurčanský in seiner Funktion als Außenminister durch Vojtech Tuka und als Innenminister durch Alexander Mach ersetzt. Beide Politiker galten in Berlin als einer „Beratung“ gegenüber aufgeschlossen. TÖNSMEYER (wie Anm. 9), S. 64-68.

¹⁸ Zitiert nach KAISER (wie Anm. 12), S. 358.

ränität der Slowakei ein feststehender Begriff“¹⁹ sei, der auch für die Volksgruppenführung gelte. Dennoch schrieb er im April 1942 in seinem knapp 20-seitigen Papier über die Beratertätigkeit in der Slowakei:

„Bei der Betrachtung des Beratersystems darf nicht übersehen werden, dass auch das Bestehen einer deutschen Volksgruppe Schwierigkeiten für die Beratertätigkeit mit sich bringen kann [...] Bei ihrer nicht selten misstrauischen oder skeptischen Stellung zum Beratungsstaat wird ihr jede Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung durch stetige Beraterarbeit als Schwächung der eigenen Position erscheinen können. Häufig werden so unbewußt volksdeutsche und im Beratungsstaat besonders starke nationalistische Gedankengänge in der Ablehnung der Beratertätigkeit sich treffen und somit eine wesentliche Erschwerung der Beratertätigkeit mit sich bringen.“²⁰

Was Ludin damit meinte, lässt sich an einigen Beispielen illustrieren: Bereits am 1. Juni 1940, also noch vor Ankunft des „Judenberaters“, SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny, war ein erstes slowakisches „Arisierungs“-Gesetz ergangen. Nicht nur Wisliceny, sondern auch verschiedene slowakische Stellen hielten es allerdings für nicht praktikabel. Gegen die überarbeitete Version jedoch protestierte Karmasin bei Heinrich Himmler, weil er die Minderheit bei der Zuteilung von „Arisierungsgut“ benachteiligt sah. Wisliceny, der dem Reichssicherheitshauptamt angehörte und sich gegenüber Himmler rechtfertigen musste, setzte daraufhin eine gemischte slowakisch-deutsche Kommission ein, die über Streitfälle befinden sollte.²¹ Insgesamt geht die Forschung gegenwärtig davon aus, dass 84 % des enteigneten jüdischen Besitzes liquidiert worden sind und die verbliebenen 16 % zur Verteilung kamen.²² Von diesen verteilten 16 % erhielten Angehörige der deutschen Minderheit in der Slowakei etwa ein Drittel.²³

Dies war jedoch nicht das einzige Beispiel für Spannungen mit der Gesandtschaft: Zusammen mit den anderen Beratern war im Sommer 1940 auch Anton Endrös als Berater für die Volksgruppe entsandt worden. Wieder protestierte Karmasin bei Himmler, war er doch der Meinung, es

¹⁹ Schreiben des Gesandten Ludin an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Martin Luther, 17. Januar 1941. PA AA, R 27659, 208.

²⁰ Ludin an das Auswärtige Amt, 13. April 1942. PA AA, R 29857, 70380-398.

²¹ KAISER (wie Anm. 12), S. 410 f. VÁCLAV KRÁL, Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947. Dokumentensammlung, Prag 1964 (= Acta occupationis Bohemiae et Moraviae), Dok. 328. Bericht Wisliceny vom 1. März 1941. BArch Berlin, R 70 Sl./157, 25.

²² LADISLAV LIPSCHER, Die Juden im Slowakischen Staat 1939–1945, München, Wien 1980 (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 35), S. 67; IVAN KAMENEC, Po stopáčh tragédie [Die Stufen der Tragödie], Bratislava 1991, S. 105 u. 112.

²³ KAMENEC (wie Anm. 22), S. 111

sei die Aufgabe der Volksgruppenführung, die Berater zu beraten, und nicht, selbst beraten zu werden. Die Angelegenheit endete mit einem Sieg der Volksgruppenführung: Die Gesandschaft teilte mit, es liege ein „Irrtum“ vor. Endrös sei nicht Berater der Minderheit, sondern „Volkstumsreferent der Gesandschaft“. Als solcher trat er jedoch kaum in Erscheinung.²⁴

Doch nicht nur zwischen der Gesandschaft bzw. den Beratern und der Minderheitsführung gab es Spannungen. Im Dezember 1940 hatte sich der Chef des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, seinerseits bei Himmler beschwert: „Im Augenblick spurt Karmasin nicht richtig.“²⁵ Dahinter stand die Tatsache, dass Karmasin sich so nachdrücklich gegen die Beratung der paramilitärischen Hlinka-Garde durch den Berater Viktor Nageler wehrte, dass Berger die bisher praktizierte Tarnung der volksdeutschen Einsatztruppe als SS-Einheit gefährdet sah.²⁶

An dieser Stelle lässt sich als Zwischenfazit festhalten, dass das Verhältnis der Volksgruppenführung nicht nur zum Slowakischen Staat gespannt war, sondern auch zur deutschen Gesandschaft, da diese gehalten war, an der Selbständigkeit der Slowakei festzuhalten. Trotz der Auseinandersetzungen mit Berger waren dagegen die Beziehungen zu Himmler in seiner Eigenschaft als Reichsführer-SS und Kommissar für die Festigung des deutschen Volkstums weitgehend problemlos, da hier die Übereinstimmung im völkisch-rassistischen Denken im Vordergrund stand. So zeigte sich etwa der Antisemitismus der Volksgruppe auf den Seiten des *Grenzboten*, der jene „Volksgenossen“ denunzierte, die in „jüdischen“ Geschäften einkauften.²⁷ Bereits hingewiesen worden war auf das Bestreben der Volksgruppe, sich an der Verteilung von geraubtem jüdischem Besitz zu bereichern. Ferner gehört auch der Einsatz von Einheiten der ET beim Zusammenstellen der Deportationstransporte slowakischer Juden im Jahre 1942 in diesen Zusammenhang.²⁸

Karmasins rassistisch geprägte völkische Raumordnung hatte auch für die eigene Volksgruppe weitreichende Konsequenzen. Bereits im Mai 1940 hatte er sich an das Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) gewandt und darum gebeten, die „Volksgruppe im Hinblick auf ihren rassischen Wert

²⁴ Ebd.

²⁵ Berger an Himmler, 12. Dezember 1940. Slovenský Národný Archív (Slowakisches Nationalarchiv, SNA), Alexandrijský archív, C 872, 2593718.

²⁶ TÖNSMEYER (wie Anm. 9), S. 316.

²⁷ PA AA, R 99437.

²⁸ So nahm das Staatssekretariat für die deutschen Belange von sich aus zu slowakischen Stellen Kontakt auf, um die Beteiligung der FS zu besprechen. Aktennotiz Staatssekretariat, 29. April 1942. SNA, NS 110.

anzusehen und zu überprüfen". Nach einem entsprechenden Besuch formulierte Günther Pancke (RuSHA) am 18. Juni 1940 seine Eindrücke für den RFSS:

„Die gesamte Slowakei stellt einen riesigen Friedhof deutschen Volkstums dar [...] Nach Entfernung der Juden und Zigeuner, außerdem nach Ausschaltung der Magyaren und Magyaronen – schätzungsweise etwa 500.000 Menschen [Die Slowakei hatte zu jener Zeit nicht ganz 2,5 Millionen Einwohner; T.T.] – kann meiner Ansicht nach dieses Land wieder voll dem Deutschtum zurückgewonnen werden. [...] Ich möchte annehmen, dass bereits 100.000 neue deutsche Familien genügen, um einen starken Wall gegen das ungarische Volkstum zu legen und den Slowaken eine neue Führerschicht zu geben, die sie endgültig mit dem Deutschen [sic] Volk verbindet.“²⁹

An diesem Vorhaben zeigte sich Himmler allerdings nur wenig interessiert. Dagegen kam er Karmasin bei dessen „Neuordnungsplänen“ an anderer Stelle entgegen. Ende Juli 1942 bedankte sich Karmasins bei Himmler für die „neuerliche große Hilfestellung“, die in der Volksgruppe als „soziale Hilfestellung begrüßt“ worden sei. Die Rede war von der „Aussiedlung“ von vermeintlich „Asozialen“, deren Zahl die Gesandtschaft im Frühjahr 1942 auf „600-800 Personen“ geschätzt hatte. Dazu zählten „1. Familien mit asozialem Elternteil, 2. schwererziehbare Jugendliche, 3. arbeitsunfähige und kranke, alleinstehende Personen“. Zu den Familien mit „asozialem Elternteil“ rechnete die Volksgruppenführung unter anderem „volksdeutsche“ Straßenkehrer, da sie „untragbar für das Ansehen des Deutschtums und störend für die Aufbauarbeit der Volksgruppe“³⁰ seien.

Die Volksgruppenführung teilte das völkisch-rassistische Weltbild³¹ und hätte sich gern stärker im Sinne der nationalsozialistischen Machtpolitik instrumentalisieren lassen. Da jedoch das Auswärtige Amt am Charakter der Slowakei als einem selbständigen, verbündeten Staat festhielt und Himmler zwar auf konkrete „Wünsche“ der Volksgruppenführung einging, im übrigen aber an den Verhältnissen in der Slowakei verhältnismäßig

²⁹ KRÁL (wie Anm. 21), Dok. 308 a u. b.

³⁰ BArch Berlin, NS 19/3399, 2 f. u. 6 ff.

³¹ Es ließen sich weitere Belege dafür anführen, etwa die Zusammenarbeit auf der Ebene der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft oder im Zusammenhang mit den Werbungen zur Waffen-SS. Michael FAHLBUSCH, Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“. Politische Beratung und NS-Volkstumspolitik, in: Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, hg. v. WINFRIED SCHULZE/OTTO GERHARD OEXLE, München 1999, S. 241-264, hier S. 255. Kováč spricht im Hinblick auf die Werbungen zur Waffen-SS von der relativ höchsten Zahl in einer deutschen Volksgruppe. KOVÁČ, Selbstverständnis (wie Anm. 4), S. 282 f. Grundsätzlich auch MARTIN BROZSAT, Heranziehung von slowakischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit zum Dienst in der Waffen-SS, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 1, München 1958, S. 412-417.

wenig Interesse zeigte³², konnte die slowakische Regierung ihre Politik der Nichtbeachtung fortsetzen und so das Bestreben der Volksgruppenführung, zu einem Staat im Staate zu werden, erfolgreich unterbinden.

Es gab daher auch keine vernehmbaren Reaktionen aus der slowakischen Hauptstadt, als Himmler am 26. Oktober 1944 die Evakuierung der Deutschen aus der Slowakei anordnete. Die deutsche Bevölkerung leistete dem Befehl allerdings nur sehr widerwillig Folge, so dass von einem geordneten Verfahren keine Rede sein konnte. Kováč schätzt, dass etwa 100.000 Deutsche aus der Slowakei flüchteten oder evakuiert wurden.³³ Auf der Basis der Beneš-Dekrete wurden zwischen dem Ende des Krieges und Ende Oktober 1946 32.450 Slowakeideutsche ausgesiedelt. Darunter befanden sich auch zurückgekehrte Flüchtlinge oder Evakuierte.³⁴ Mit diesen Maßnahmen war die „Massenaussiedlung“ beendet. Im Zuge von Familienzusammenführungen und der sogenannten „freiwilligen Aussiedlung“ verließen zwischen 1947 und März 1951 noch einmal etwa 850 Deutsche die Slowakei. Der offiziellen Volkszählung zufolge lebten am 1. März 1950 noch 5.179 Deutsche im Lande.³⁵ Allerdings dürfte diese Zahl, die auf einem eigenen Bekennen zum Deutschtum beruhte, angesichts der vorhandenen Diskriminierung zu niedrig gewesen sein.

Mit der Vertreibung fand die bis ins Mittelalter zurückreichende Geschichte der Deutschen in der Slowakei ihr Ende. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges hatten sie den Weg der politischen und kulturellen Assimilierung an die Magyaren eingeschlagen. Erst im Rahmen der Tschechoslowakei fand ihr „nationales Erwachen“ statt. Von dieser „Verspätung“ im Verhältnis zu anderen deutschen Gruppen, etwa den Sudetendeutschen, profitierte nicht zuletzt die slowakische Hlinkapartei: Da sich die Slowakeideutschen vor 1918 als Deutschungarn verstanden hatten, gab es in der Slowakei keine Tradition des Volkstumskampfes zwischen Slowaken und Deutschen. Dadurch gab es auch im Reich keine negative Stereotypenbildung in Bezug auf die Slowakei und ihre slawische Bevölkerung. Eher kann man von einer deutschen Nicht-Wahrnehmung³⁶ dieses Landes sprechen. Das Fehlen negativer Stereotype ließ es aber in Berlin 1938/39 möglich erscheinen, einen slowakischen „Schutzstaat“ zu akzeptieren, an dessen Selbständigkeit sich zumindest pro forma auch die Volksgruppenführung zu halten hatte.

³² TÖNSMEYER (wie Anm. 9), S. 43-47.

³³ KOVÁČ, „Aussiedlungen“ (wie Anm. 2), S. 236.

³⁴ Ebd.

³⁵ JAN PEŠEK, Die Deutschen in der Slowakei nach Beendigung der kollektiven Abschiebung, in: Erzwungene Trennung (wie Anm. 2), S. 241-244.

³⁶ TÖNSMEYER (wie Anm. 9), S. 28-58.